

Gemeinsam (was) schaffen!

Kreistags-SPD beantragt Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete

Landratsamt soll Zuverdienstmöglichkeiten und Modelle prüfen.

Landesregierung muss Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen.

Einbindung von Partnern wie 48Grad-Süd und WaBe wichtig.

Arbeit erleichtert Integration. Davon ist die SPD-Kreistagsfraktion überzeugt und will diesen Weg konsequent unterstützen. In einem Antrag an Landrat Hanno Hurth fordern die SPD-, ÖDP- und Lisa-Kreisräte den Einstieg in ein Programm, bei dem geflüchteten Menschen gemeinnützige Arbeit angeboten wird.

„Wir wollen mit einem solchen Arbeitsangebot eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen und die Integration vorantreiben“, erläutert Georg Binkert, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. In zahlreichen persönlichen Gesprächen sei deutlich geworden, dass viele geflüchtete Menschen arbeiten wollen und der Einstieg erleichtert werden müsse.

Als Rahmendaten sehen die Sozialdemokrat*innen folgende Eckpunkte:

- Zuverdienst von mindestens 1€/Stunde.
- Beschäftigungsumfang bis zu 30 Stunden/Woche.

Dabei soll die Kreisverwaltung auch die Erfahrung der Beschäftigungsgesellschaften 48Grad-Süd und WaBe einbinden.

„Priorität hat für uns selbstverständlich der Übergang in reguläre Beschäftigung. Hierzu muss allerdings die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen und endlich die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen“, führt Roman Götzmann aus. Es könne nicht sein, dass arbeitswillige Menschen bis zu einem Jahr auf die Prüfung ihrer Dokumente warten müssten.

Emmendingen, 6. September 2024